

Zum wiederholten Mal werden die Klimaziele im Verkehrssektor deutlich gerissen. Statt die längst überfällige Verkehrswende einzuleiten, sollen nach dem Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) und den Plänen des FDP-Verkehrsministers weitere Autobahnen neu und ausgebaut werden. Dieser Plan ist laut Rechtsgutachten des BUND verfassungswidrig. Neue Fahrspuren wie auf der A565 und der A59 oder bei der geplanten "Rheinspange" bedeuten mehr Autoverkehr, mehr Stau und weniger Finanzmittel für Bahn und Bus sowie für Rad- und Fußwege. Das steht in klarem Widerspruch zu den gesetzlich vorgeschriebenen Klimaschutzzielen.

DAHER FORDERN WIR:

- » Kein Neu- oder Ausbau von Autobahnen: Nein zum Ausbau von A565 und A59 und zur Rheinspange! Nein zur Südtangente!
- » Grundlegende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und Erstellung eines verfassungskonformen und zukunftsfähigen Bundesmobilitätsplans
- » Klare Prioritäten: Instandhaltung der teils maroden Verkehrsinfrastruktur und konsequenter Ausbau des vernachlässigten Schienen- und Radwegenetzes.
- » Bau des Radschnellwegs Bonn-Rhein-Sieg parallel zu A565 und A59.
- » Mehr Geld für einen attraktiveren ÖPNV - auch im ländlichen Raum.
- » Höhere Löhne für Beschäftigte im ÖPNV und Fernverkehr.
- » Abschaffung aller den Autoverkehr fördernden Subventionen.



Der BVWP ist gemäß Rechtsgutachten des BUND verfassungswidrig.

ROTE KLIMAKARTE

**KEINE NEUEN
AUTOBAHNEN**

